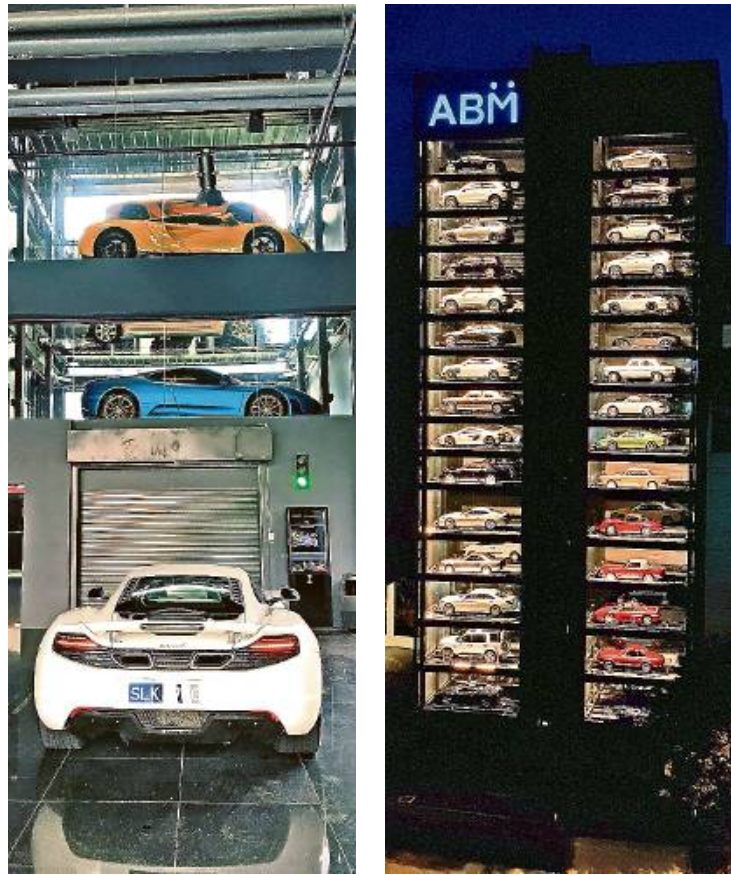


Autos aus dem Automaten



An Geld fehlt es in Singapur nicht. Auch nicht an teuren Autos. Aber an Platz. Das brachte einen Autohändler auf eine ungewöhnliche Geschäftsidee: ein gigantischer Automat für Nobelkarossen. Dort sind Luxuswagen in einem 15-stöckigen Autoturm des Autohauses ABM (Autobahn Motors) ausgestellt. Die Umsetzung kostete drei Millionen Singapur-Dollar (etwa 1,9 Millionen Euro). Die Schau- fenster reichen bis hinauf in 45 Meter Höhe. Auf vier Stellplätzen pro Etage stehen 60 Modelle von RollsRoyce, über Porsche und Ferrari bis zum Maserati Quattroporte. Das gewünschte Modell lässt sich im Erdgeschoss mit einem Touch auf einem Display bestellen. In zwei Minuten kommt der Traumwagen mit dem Fahrstuhl nach unten, wenn die Kreditkarte das hergibt. *ne/dpa* FOTOS: SATOR/ABM

„Deutschen geht es gut“

- Soziale Gerechtigkeit für Ökonom Hüther deshalb kein Wahlkampfthema.
- Doch die Politik muss etwas gegen den Anstieg von Hartz-IV tun.

DANIEL SCHNETTLER | FRANKFURT

Mit welchen Themen buhlen die Parteien im Bundestagswahlkampf um Stimmen? Ökonom Michael Hüther hält es für keine gute Idee, die wirtschaftliche Lage der Einzelnen aufs Tapet zu bringen. Das könne nach hinten losgehen, meint er. Die soziale Gerechtigkeit dürfe nach Ansicht Hüthers im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle spielen – denn den Deutschen gehe es wirtschaftlich gut. „Ich bin mir nicht sicher, inwiefern die Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen auf der Tagesordnung bleiben“, sagte der Chef des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW). „Missstände zu beschreiben, wo keine jetzt so richtig sind, ist auch schwierig.“

Hüther verwies auf die wirtschaftliche Lage im Land: „Wir haben steigende Reallöhne, wir haben steigende reale Renten, wir haben ein geringes Arbeitsplatz-Risiko, die Menschen haben die geringsten Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Lage seit 1991.“ Das werde sich in absehbarer Zeit auch nicht ändern: „Die Robustheit des Arbeitsmarkts bleibt. Ich sehe im Moment keinen Anlass, dass sie abbricht“, sagte Hüther.

„Vor einem solchen Hintergrund kann eine SPD-Strategie nicht funktionieren, die Agenda zu verteuern. Irgendwann wird das absurd“, sagte der Ökonom. „Da muss man ja schon böse sein.“ SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz hatte angekündigt, die Reformen der 2003 vom damaligen SPD-Kanzler Gerhard Schröder angestoßenen Agenda 2010 teilweise korrigieren zu wollen.

Auch durch die Flüchtlinge habe sich die Situation letztlich nicht verschlechtert, fuhr Hüther fort: „Die sind ja irgendwie alle schon im System, und die Quoten drehen trotzdem nicht in die andere Richtung.“ Die Quartalsdaten zur Wirtschaftsentwicklung seien



Michael Hüther sieht die Wirtschaft weiter auf einem guten Weg. FOTO: KAPPELLER

„Wir haben steigende Reallöhne, wir haben steigende Renten, wir haben ein geringes Arbeitsplatzrisiko, die Menschen haben die geringsten Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Lage seit 1991.“

Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln

Sammelklage vom Tisch?

Neue Klagerechte für Fälle mit vielen betroffenen Verbrauchern wie der VW-Abgaskandal bleiben wegen eines Streits in der schwarz-roten Koalition vorerst in der Schwebel. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) sagte gestern: „Unser Gesetzentwurf liegt auf dem Tisch. Wenn die Union ihre Blockade aufgibt, könnten wir ihn jederzeit beschließen.“ Ansonsten werde die geplante Musterfeststellungsklage „sicher auch Thema im Wahlkampf“ werden.

Die Union hatte zuvor die Vorlage kritisiert. Der Entwurf sei ein „unausgereifter Schnellschuss und voller rechtstechnischer Mängel“, sagte die rechtspolitische Sprecherin Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU). „Da der Minister bis heute nicht nachgebessert hat, kann in dieser Wahlperiode schon zeitlich nichts mehr umgesetzt werden.“ Ziel der schon vor dem VW-Skandal angestoßenen Pläne ist es, solche Massenfälle mit einer Klage eines Verbands vor Gericht zu bringen. *dpa*

seit 2013 „wie mit dem Lineal gezogen. Das haben wir historisch noch nie gehabt.“

Aber auch Hüther sieht Probleme, die von der Politik angegangen werden müssten: Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger und die Zahl der Langzeitarbeitslosen nähmen

kaum noch ab. Zudem müsste die Mittelschicht steuerlich entlastet werden: „Da greift der Mittelstandsbauch, also diese wirklich unfaire Steuergestaltung. Dass die SPD sich das tabuisieren lässt von der Linken, finde ich ehrlich gesagt nicht sonderlich klug.“

Mehrheit ohne Urlaubsgeld

In der Industrie können sich zwei Drittel der Beschäftigten über Zulage freuen

ROLF SCHRAA | ESSEN

Wenn das Reisebüro die Rechnung für den Sommerurlaub schickt, kann sich jeder freuen, der Urlaubsgeld vom Arbeitgeber bekommt. Bis zu 2300 Euro extra gibt es in einigen Branchen, aber sehr viele Beschäftigte gehen auch leer aus. Nicht einmal jeder zweite Beschäftigte erhält die Sonderleistung und kann damit etwa die fällige Rechnung für den Flug in den Süden begleichen.

Das geht aus der alljährlichen Auswertung von Tarifverträgen aus 22 Branchen und einer ergänzenden Online-Umfrage hervor, die das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung gestern veröffentlichte. Gut 6000 Beschäftigte hatten sich im Laufe des Jahr 2016 an der nicht repräsentativen Umfrage beteiligt.

Mächtige Unterschiede

Die Höhe des Urlaubsgeldes schwankt stark nach Branchen zwischen 156 Euro im Steinkohlenbergbau und mehr als 2300 Euro in der Holz- und Kunststoff verarbeitenden Industrie. Ausgezahlt wird das Geld oft schon mit dem



Viele Arbeitnehmer planen einen Flug in den Süden. FOTO: STRATENSCHULTE

Mai-Gehalt oder Ende Juni. Es gibt aber keinen allgemeingültigen Zeitpunkt. Industriebeschäftigte haben im Schnitt bessere Chancen auf die Sonderleistung als Mitarbeiter in Dienstleistungsberufen. So erhalten nach der WSI-Auswertung im Gesundheits- und Sozialwesen gerade einmal rund ein Viertel der Beschäftigten das Extra-Geld, in der öffentlichen Verwaltung weniger als ein Drittel, im Gastgewerbe gut 36 Prozent der Beschäftigten.

In der Industrie bekommen dagegen rund zwei Drittel der Mitarbeiter den Nachschlag zur Som-

merzeit. Mit um die 2000 Euro liegt das Urlaubsgeld etwa in der Papier-, der Metall- und der Druckindustrie aktuell auch am oberen Rand der Bandbreite. Kellner und Hotelbeschäftigte müssen sich dagegen vielfach mit einem Zehntel davon zufriedengeben.

Im Osten sind die Leistungen oft niedriger. Männer (51 Prozent der Befragten) beziehen die Leistung öfter als Frauen (39 Prozent), in Westdeutschland fällt der Anteil mit 49 Prozent deutlich höher aus als im Osten (33 Prozent), und größere Betriebe zahlen öfter Urlaubsgeld als Kleinunternehmen.

JOURNAL

Agosi bekommt neuen Vorstand

PFORZHEIM. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Agosi AG hat vorgeschlagen, in Nachfolge des ausscheidenden Vorstands der Agosi AG, Dietmar Becker, mit Wirkung zum 1. Oktober 2017



Kron

Franz-Josef Kron zum Vorsitzenden sowie Bernhard Olt und Andreas Tiefenbacher zu weiteren Mitgliedern des Vorstands zu bestellen. Franz-Josef Kron trat 1995 in die Degussa AG ein und ist derzeit Senior Vice President Technical Materials (TM) bei Umicore in Hanau. Kron verantwortete zwischen 2009 und 2012 Umicores Aktivitäten in Südamerika. Der Aufsichtsrat beschließt darüber am 26. Juni. *ne*

Weniger Energie verbraucht

KÖLN. Wirtschaft und Verbraucher haben in den ersten drei Monaten dieses Jahres etwas weniger Energie benötigt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Verbrauch sank um rund 1,4 Prozent auf 125,4 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE), teilte die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen in Köln mit. Ein fehlender Schalttag gegenüber dem Vorjahr und der warme Monat März hätten den Verbrauch gedämpft. *dpa*

FRAU DES TAGES

Model gibt Lidl Starthilfe



Der Discounter Lidl setzt bei seiner US-Expansion auf prominente Unterstützung durch **Heidi Klum**. Nach der Eröffnung der ersten US-Filialen in der kommenden Woche werde im Laufe des Jahres eine exklusiv bei Lidl erhältliche Modelinie des deutschen Modells eingeführt, teilte der Aldi-Rivale am US-Firmensitz in Arlington (Virginia) mit. Lidl und Klum versprechen erschwingliche „High-end“-Mode. Die Lidl-Kollektion soll sowohl in den USA als auch in Europa angeboten werden. Die 44-jährige Klum hat auch die US-Staatsbürgerschaft und ist in Amerika ebenfalls ein Star. *dpa*

Fünftel beschäftigt Flüchtlinge

MÜNCHEN. Mehr als jedes fünfte Unternehmen in Deutschland hat inzwischen Flüchtlinge eingestellt – meist jedoch als Praktikanten oder Hilfskräfte. Das hat das Münchner ifo-Institut in einer repräsentativen Umfrage unter den Personalchefs von gut 1000 Firmen ermittelt, die gestern veröffentlicht wurde. Demnach hat sich der Anteil der Unternehmen mit Flüchtlingen unter den Mitarbeitern zwar innerhalb eines Jahres auf 22 Prozent verdreifacht, doch die Mehrheit der befragten Firmen (58 Prozent) hat noch keine Asylbewerber angestellt. *pm*